

## Es ziehen wieder Geflüchtete in die ehemalige Klinik

Rechtslage kippt Gemeinderatsbeschluss - Es ist eine vorübergehende Lösung

9.11.23

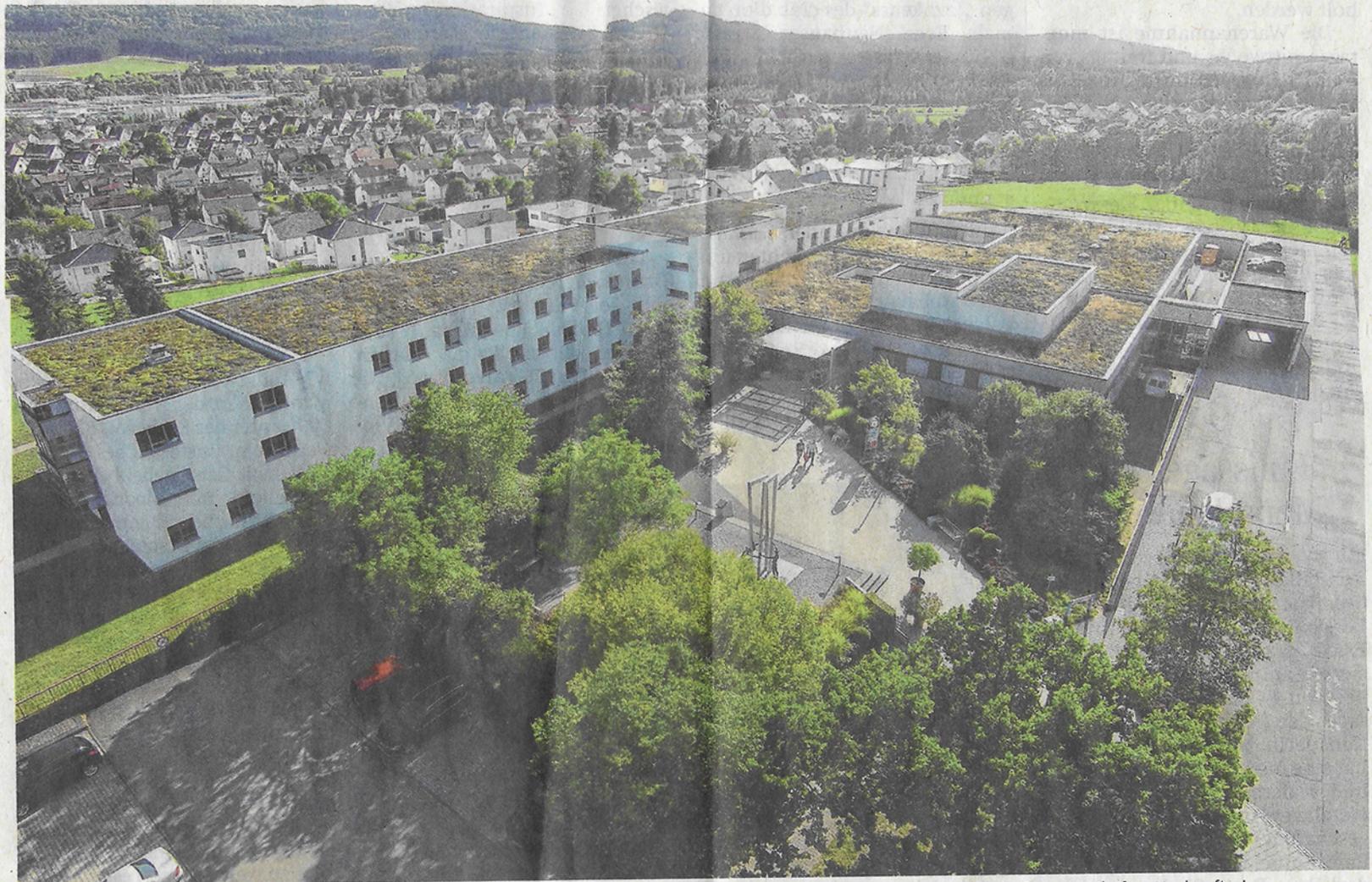
Von Regina Braungart

SPAICHINGEN- Am Donnerstag ziehen sechs Familien - Kurden aus der Türkei - in einen der Betten-trakte des früheren Klinikums ein. Damit wird die Interims-Gemeinschaftsunterkunft belegt. Jetzt sind es 28 Geflüchtete, nächste Woche sind weitere Menschen - wohl Ukrainer - angekündigt. Das Ziel des Kreises, so Bürgermeister Markus Hugger, sei klar: Die Kreishallen für Schulen, Vereine und Gesellschaft offen halten.

In Spaichingen ist die Frage der Unterbringung von Geflüchteten - gerade jetzt auf den Winter hin - in der ehemaligen Klinik umstritten. Der Rat hatte - auch unter dem Druck von Anwohnern und des Fördervereins Gesundheitszentrum - gegen eine Nutzungsänderung gestimmt, Teile des Klinikgebäudes als Flüchtlingsunterkunft festzuschreiben.

Bereits in der Sitzung hatte die Verwaltung angedeutet, dass ein Baugesuch eines jeden Grundstücksbesitzers nach kritischer Prüfung gemäß der Rechtslage und nicht nach politischem Willen entschieden werden muss. Bisher habe es, so Bürgermeister Markus Hugger jetzt im Gespräch, keinen Bebauungsplan dort gegeben. Das bedeutet, dass, wenn nichts Rechtliches dagegen spricht, der Eigentümer, also der Kreis, ein Recht darauf hat, dies genehmigt zu bekommen.

Außerdem, so der Hintergrund in Spaichingen weiter: Spaichingen steht auf der Liste der Gemeinden in der Verteilung der Geflüchteten ziemlich schlecht da und wurde deshalb von anderen Gemeinden bereits als unsolidarisch beäugt. Dass es jetzt Geflüchtete in einer Gemeinschaftsunterkunft aufnimmt, ist ein Vorteil. Denn dann ist der Kreis zuständig, auch für das weitere Vorgehen, die Sozialarbeit und anderes. Die Flüchtlingshilfe, so Gritli Lücking, sei noch nicht involviert, aber die Institutionen in der Stadt, wie Schulen, wüssten Bescheid und würden auf die Eh-



In den Bettenbau des Klinikums ziehen am Donnerstag wieder Geflüchtete ein. Der Landkreis richtet eine vorübergehende Gemeinschaftsunterkunft ein.

ARCHIV-FOTO: MÜLLER

renamtlichen verweisen können.

Interessanterweise war bereits letztes Jahr die Bettenstation zeitweise mit Geflüchteten belegt - ohne dass die Anwohner das überhaupt gemerkt hatten.

Die Belegung des Krankenhauses verschafft der Stadt im Bereich der Anschlussunterbringung vorerst Luft, denn beides wird in der Verteilung gegeneinander aufgerechnet. Anschlussunterbringung bedeutet dauerhafte Unterbringung. Erstaunlich ist auf höchstens 18 Monate begrenzt. Die kleine „Container-Siedlung“ neben der ehemaligen Stadtgärtnerei - aufgrund von Brandschutzrichtlinien locker gestaltet und auch

nicht dicht belegt - ist eine Anschlussunterkunft. Bisher funktioniert die Unterbringung dort entgegen Unkenrufen von befürchteter Lärm- oder sonstiger Belästigung - problemlos. Das liegt auch daran, dass die Menschen dort nicht zusammen gepfercht sind, sondern soziale Konflikte durch die entzerrte Wohnsituation vermieden werden. Die meisten Bewohner gehen inzwischen tags einer Arbeit nach.

Diese aus Sicht der Gesellschaft gelungene Unterbringung wäre gefährdet, wenn dort wieder mehr Menschen in die bereits belegten Zimmer dazuverlegt werden müssten. Dass das irgendwann vielleicht trotzdem nötig

werde - das sei nicht ausgeschlossen, so Hugger, aber vorerst sei dies nicht der Plan. „Wir fahren auf Sicht.“ Die Belegung der Klinik sei, und dafür stehe das Schreiben des Landrats, auf zwei Jahre befristet. Damit stehe sie der Nutzung des Geländes als zu entwickelnder Gesundheitsstandort für den nördlichen Landkreis nicht im Wege, so Bürgermeister Hugger.

Klar sei aber auch, dass der Landkreis in der Aufgabe, Geflüchtete unterbringen zu müssen, auf seine Liegenschaften zurück greift. Angesichts der Umstände und der Rechtslage sei es dringend geboten, sich hier kooperativ zu zeigen, deshalb habe

er sich auch vom Gemeinderatsbeschluss distanziert, so Hugger.

Denn schließlich halte der Kreis nach wie vor klar an der Zusage fest, das Gesundheitszentrum zu entwickeln. „Diesen Prozess sollte man nicht gefährden.“

In der Zwischenzeit will die Stadt ein Gelände suchen, wo eine Gemeinschaftsunterkunft binnen zweier Jahre entstehen könne. Der Gemeinderat werde sich in Kürze damit beschäftigen. Der Kreis besitze zwar auch noch Gelände in der Stadt, das sei aus städtischer Sicht aber nicht geeignet für eine Gemeinschaftsunterkunft. Deshalb gehe er davon aus, dass es schnell eine Lösung gebe, so Hugger.